

SPD/0034/2019

Parteienantrag SPD

Sachbearbeiter:

Az:

Datum: 22.08.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Haupt- und Finanzausschuss		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Eckwertebeschluss; Jugendförderung; Antrag der SPD-Fraktion vom 22.08.2019

Beschlussvorschlag:

Ziel ist die Entwicklung eines Jugendbeteiligungsformats.

Bis spätestens Ende 2020 soll der Magistrat ein Format zur Beteiligung von Jugendlichen in Groß-Umstadt entwickelt haben. Hierfür sind entsprechende Mittel in den Haushalt einzuplanen.

Kennzahl:

Ein vorliegendes Konzept zur Jugendbeteiligung reicht als Nachweis aus, da bisher keines vorliegt.

Begründung:

Groß-Umstadt hat in der Vergangenheit bereits sehr gute Erfahrungen mit Jugendbeteiligungen gemacht. Gerade UJAM („Umstadts Jugend Arbeitet Mit“) muss an dieser Stelle erwähnt werden, da sie sich stets vorbildlich für die Jugend engagiert und ihre Interessen eingebracht haben.

Das geforderte Konzept zur Jugendbeteiligung soll den Jugendlichen in Groß-Umstadt die Möglichkeit geben, die Interessen ihrer Altersgruppe gegenüber der Stadt zu artikulieren. Den Jugendlichen soll damit die Gelegenheit gegeben werden, aktiv an der Entwicklung und Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken; flexibel und ungebunden. Den Jugendlichen wird damit die Gelegenheit gegeben, aktiv an der Entwicklung und Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken. Im Rahmen der Beteiligung können Jugendliche die Möglichkeit erhalten, Verantwortung zu übernehmen und die Chance erhalten, demokratische Entscheidungsfindungen in der Praxis kennenzulernen und letztlich daran teilzunehmen.

Nachweislich besteht bei den jüngeren Generationen zudem eine hohe Bereitschaft sich politisch zu engagieren, wie zuletzt vor allem die Bewegung Fridays For Future beweist. Auch das politische Interesse wächst stetig bei diesen Jugendlichen, wobei immer noch eine große Skepsis bzw. wenig Vertrauen gegenüber Politik weiterbesteht. Ein Format zur Jugendbeteiligung kann hierbei jedoch ein überparteiliches Forum bilden, das den Partizipationswillen in eine praktische politische Tätigkeit wandelt und vor allem die Skepsis und Ablehnung gegenüber Politik reduziert sowie die vermeintliche Distanz zwischen ihnen verkleinert, vor allem da ihre Ansichten in den zuständigen Gremien diskutiert werden sollen. Auf diese Weise können wir Stadtverordnete, auch gemeinsam mit UJAM und den zuständigen Vertretern von JUZ und Verwaltung, die richtigen Antworten auf die Bedürfnisse und Forderungen unserer Jugendlichen liefern.

In zunehmend populistischen Zeiten erscheint uns dies außerdem als probates Mittel zur Stärkung der demokratischen Kultur von Groß-Umstadt und trägt der erneuten Politisierung unserer Jugend Rechnung.

Schließlich fordert die hessische Gemeindeordnung in §4c HGO ausdrücklich die Beteiligung von Jugendlichen „bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren.“